

Lage in der DDR (9) 31.10.

31. Oktober 1956

Information Nr. 296/56 – Betrifft: Lage in der Deutschen Demokratischen Republik (31.10.1956, 8.00 bis 17.00 Uhr, eingegangenes Material)

Quelle

BStU, MfS, AS 83/59, Bd. 1b, Bl. 265–280 (36. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Grotewohl, Ulbricht, Matern, Schirdewan, Oelßner, Leuschner, Ziller, Mückenberger, Norden, Wandel, Honecker, Hager, Neumann, Ebert, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Last, Markus Wolf, Walter, Beater, Joseph Gutsche, Carlsohn, HA V, SED-KL im MfS, Abt. Agitation, HA II, HA PS, Abt. VII, HA XIII, Abt. X, HA III (Hofmann), HA III (Kleine), HA III (Weidauer), Gartmann, Ablage.

I. Lage in der Industrie

Gera: Im VEB Metallweberei Neustadt, [Kreis] Pößneck, wurde in der letzten Zeit häufig festgestellt, dass Bilddokumente an Wandzeitungen beschädigt und Bilder des Präsidenten Wilhelm Pieck und anderer Funktionäre von dieser Tafel entfernt wurden. Im VEB Zeiss Jena fordern die Angehörigen des zivilen Betriebsschutzes eine höhere Entlohnung entsprechend der Verantwortlichkeit.

Suhl: Die Kaderleiter der VE-Betriebe des Bezirkes Suhl – die der Hauptverwaltung Holz und Furniere Leipzig angeschlossen sind – erhielten von ihrer Hauptverwaltung die Anweisung, am 31.10.1956 mit allen Kaderunterlagen sämtlicher Angestellter zur Anfertigung einer Statistik nach Leipzig zu kommen. Die Kaderleiter dieses Industriezweiges im Kreis Hildburghausen sind der Ansicht, dass dieses Ansinnen nichts mit der Wachsamkeit zu tun hat. Die Anweisung der HV ist unterzeichnet von dem HV-Leiter Schinkmann¹ und der Kaderleiterin Scheller.

Frankfurt/O.: In der Schiffswerft Fürstenberg/O. wird das Gerücht verbreitet, dass der 1. Sekretär der Arbeiterpartei in Polen Gomulka ² der SU ein Ultimatum gestellt habe, die Truppen abzuziehen und die westukrainischen Gebiete zu räumen. Dafür würden dann die ehemals deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße an Deutschland zurückgegeben.

Neubrandenburg: Im Café »Ratseck« Torgelow, [Kreis] Ueckermünde, wurde ein Angehöriger der Nationalen Volksarmee von einem Bauarbeiter der Bau-Union Neubrandenburg gefragt, »auf welcher Seite er stehen wird, wenn es in der DDR losgeht«. Weiter erklärte dieser Bauarbeiter, »dass es in 14 Tagen soweit wäre und auf der Baustelle in Torgelow Flugblätter des »internationalen Freiheitskomitees« verteilt und von Hand zu Hand gegeben würden.« Der Bauarbeiter kehrte im Juni 1956 aus Westdeutschland zurück.

Dresden: Von der Ehefrau eines Mitgliedes der SED wurde in Dresden an der Kreuzung Gohliser-/Pennricher Straße ³ ein Gespräch zwischen einer weiblichen und männlichen Person mitgehört, in dem die männliche Person Folgendes erklärte: »Es wird ein paar Tage Tumult geben und die Iwans haben wir hinausgeschmissen. Die Anderen legen wir lang.« Zuvor hatte sich die weibliche Person erkundigt, ob die männliche Person schon Nachricht erhalten habe.

Leipzig: Seit dem 28.10.1956 steigt auf dem Hauptbahnhof Leipzig in auffallend starker Anzahl der Fahrkartenverkauf nach Berlin. Die normalen Vergleichszahlen lagen in den Tagen zuvor bei täglich 100 Karten. Am 28.10.1956 wurden 137, am 29.10.1956 wurden 275, vom 29. zum 30.10.1956 732 und am 30.10.1956 von 8.00 bis 12.00 Uhr 276 Fahrkarten nach Berlin verkauft. 30 % der Käufer waren Jugendliche. Zum überwiegenden Teil wurden Hin- und Rückfahrkarten gelöst. Anzeichen auf organisierten Fahrkartenkauf wurden nicht festgestellt.

Im VEB Deutsche Kugellagerfabrik Böhlitz-Ehrenberg brachte ein Eidechsenfahrer⁴ zum Ausdruck: »Wenn es diesmal wieder losginge, wäre eine bessere Organisation eingeleitet, das würde diesmal besser klappen. Sie warten nur noch auf das Signal.«

Am 29.10.1956 wollten die Arbeiter einer Brigade der Bau-Union Leipzig die Arbeit nicht aufnehmen, bis die Frage der Abschlagszahlung geklärt ist. *Ursache:* Die Arbeiter hatten am 26.10.1956 nur 30,00 bis 35,00 DM Abschlag erhalten. Da sie bei der vorangegangenen Lohnzahlung aufgrund falscher Angaben des Brigadiers über die Normerfüllung zu viel Geld erhielten, wurde ein Teil des mehrgezahlten Geldes bereits bei der Abschlagszahlung einbehalten.

Potsdam: Am 31.10.1956 erschienen beim Bezirksvorstand des FDGB in Potsdam drei Arbeiter und der AGL-Vorsitzende des Industrierwerkes Ludwigsfelde, um sich über die Werkleitung zu beschweren. *Grund:* Die Abteilung Arbeit hatte in Zusammenarbeit mit der BGL den Vorschlag gemacht, die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr vorzuarbeiten und zu diesem Zweck Listen in die einzelnen Abteilungen gegeben. In diese Listen sollten sich die Arbeiter freiwillig eintragen. Die Delegation brachte jedoch zum Ausdruck, dass die Werkleitung administrativ gehandelt habe, und ließ durchblicken, dass sie morgen nicht zur Arbeit erscheinen werden.

Am 28.10.1956 wurde in Hennigsdorf ein Arbeiter der Bau-Union Potsdam festgenommen, da er im Besitz einer Pistole war. Die weiteren Ermittlungen ergaben, dass der eigentliche Besitzer dieser Waffe in Anklam wohnt. Festnahme erfolgte ebenfalls. Bei dort durchgeführten Haussuchungen wurden noch Karabiner sowie 170 Schuss Munition gefunden.

Am 31.10.1956 wurde durch Beobachtungen auf den Bahnhöfen Mahlow, Zossen und Griebnitzsee ein stärkerer Zustrom von Reisenden in Richtung Westberlin festgestellt.

Berlin: Am 31.10.1956 geriet im VEB Schlachthof Berlin eine 150 m lange Dachstuhlkonstruktion in Brand, an die sich eine Poliklinik anschließt. Ursache und Schaden noch unbekannt.

Im Vordruckleitverlag Berlin-Niederschönhausen äußerte der BGL-Vorsitzende gegenüber einer Angestellten, die ein Bild von einer Betriebsfahrt vernichten wollte: »Gib mal das Bild her, wenn es einmal anders kommt, wissen wir gleich wen wir aufknüpfen können. Dein Verlobter ist beim ›SSD‹⁵ und Du bist auch rot angehaucht.« Der BGL-Vorsitzende hat schon öfter solche Diskussionen geführt.

II. Lage in der Landwirtschaft

Berlin: Die LPG Marzahn erhält von verschiedenen staatlichen Stellen, u. a. vom Präsidium der VP, vom Wachregiment Adlershof, Studentenheim Biesdorf, Abfälle, in denen große Mengen unverdorbenes Brot, Schrippen usw. enthalten sind. In den Abfällen vom Wachregiment sind sehr viele Wurststücke enthalten. Oft kommen ganze Kübel (200 Liter) mit Milchbrei und Grießsuppe zurück. Die LPG-Bauern sind darüber sehr erbost und erklären, dass es eine Schweinerei sei, wie die genannten Stellen mit den Lebensmitteln umgehen.

Karl-Marx-Stadt: Ein Bauer (DBD) Ortsvorsitzender der VdgB/BHG im Kreis Schwarzenberg sagte: »Die Regierung kommt auch noch dahinter, dass die bestehenden LPG nichts wert sind und es ist damit zu rechnen, dass in nächster Zeit die LPG aufgelöst werden.«

Magdeburg: Unter verschiedenen Bauern und Angestellten der VEG, gibt es Verärgerung über die ungenügende Waggonbereitstellung durch die Reichsbahn. So wurden z. B. am 20.10.1956 das VEG Blumenthal, [Stadtteil von] Burg, durch die DSG Güsen, [Kreis] Genthin, aufgefordert, 30 t Saatkartoffeln zu verladen. Da die Waggonen nicht eintrafen, musste das VEG wieder nach Hause fahren. Dasselbe war auch am 25.10.1956 der Fall. Dadurch, dass das VEG nicht in der Lage war, die Düngelieferungen von der Reichsbahn zu entladen – weil die Lkw mit Kartoffeln beladen waren – muss es erhebliche Standgelder an die Reichsbahn zahlen. Ebenso mussten die Bauern aus Calvörde,⁶ [Kreis] Haldensleben, wiederholt stundenlang warten, bis sie das zu transportierende Nutz- oder Schlachtvieh verladen konnten, weil keine Waggonen bereitstanden. Ein Arbeiter vom Volksgut Friedrichshöhe, [Kreis] Wolmirstedt, soll die Handwerkerbrigade auffordern, langsam zu arbeiten. Diese Meinung soll in der ganzen Brigade bestehen.

Schwerin: Ein Großbauer aus Dabel, [Kreis] Sternberg, erklärte: »Wir wollen uns doch nichts vormachen. Die Zeiten, wo sie uns befehlen konnten, sind vorbei. Ihr Wirtschaftssystem ist zusammengebrochen. Nun treten sie kurz, damit wir nur noch weiterarbeiten und das bewirtschaften, was die LPG vergeuden. Wir müssen stark sein. Ob von der VEAB oder vom Kreis, sie dürfen nichts mehr rausnehmen. Es will auch keiner mehr mit ihrer Wirtschaft etwas zu tun haben.« Ein Bauer aus der gleichen Gemeinde: »Wenn wir Bauern die Arbeit hinschmeißen, dann sind sie fertig.«

Gera: In der letzten Zeit haben die VEAB Rudolstadt des Öfteren Getreidelieferungen aus den Volksdemokratien erhalten, in welchem Eisenstücke gefunden wurden. Dadurch wurde bereits ein Elevator beschädigt. Am 27.10.1956, gegen 11.30 Uhr, erfolgte bei der MTS Gösen ein fingierter Anruf, dass die MTS einen Lkw für den Transport von 30 Kampfgruppenangehörigen bereithalten soll.

Dresden: In der Gemeinde Prietitz, [Kreis] Kamenz, gibt es starke Diskussionen über den Milchpfennig. Es sei bereits so weit, dass die Bauern acht Tage keine Milch mehr an die Molkerei liefern wollen, wenn in dieser Hinsicht nichts geändert würde.

Die VdgB/BHG Pulsnitz, [Kreis] Bischofswerda, erhielt Mitte Oktober von der VdgB/BHG Bandelow ca. 15 t Pflanzkartoffeln »Ackersegen«. Vom Pflanzenschutzagronomen der MTS Ohorn wurde festgestellt, dass der Erdbesatz der Kartoffeln mit »Nematoden« verseucht ist.⁷ Die Bauern sind darüber sehr verärgert, weil sie den vollen Preis für die Kartoffeln bezahlen mussten.

Ein werktätiger Bauer aus Weigersdorf, [Kreis] Niesky, der vor einigen Jahren die Wirtschaft einer republikflüchtigen Bäuerin übernommen hatte, musste nach deren Rückkehr diese wieder abgeben. Er ist darüber sehr verärgert. Die anderen Bauern bringen zum Ausdruck, dass es nicht richtig sei, dass republikflüchtige Personen bei ihrer Rückkehr einen Kredit erhalten. Sie wollten ebenfalls nach dem Westen gehen und dann wieder zurückkehren, wenn der Staat dafür Geld bezahlt.

Potsdam: Am 26.10.1956 erschien beim Rat des Kreises Gransee, Unterabteilung LPG, eine Delegation von der LPG Löwenberg, die sich aus drei Mitgliedern der LPG (zwei davon sind Mitglieder der SED) und dem Parteisekretär der MTS Löwenberg zusammensetzte. Von der Delegation wurde erklärt, dass sie in diesem Jahr fordern, dass die Kartoffeln 100%ig entsprechend der geleisteten Arbeitseinheiten ausgegeben werden. Sie ließen es sich in diesem Jahr nicht bieten, dass die 20 % einbehalten würden. In der LPG hatte einige Tage vorher eine Vollversammlung stattgefunden, auf der von den Mitgliedern die Befürchtung ausgesprochen wurde, dass sie in diesem Jahr die 20 % nicht ausgezahlt bekämen. In der LPG ist in diesem Jahr die Kartoffelernte sehr schlecht. Mit den geernteten Mengen kann nur das Soll gedeckt werden, sodass keine Kartoffeln mehr für die LPG-Mitglieder und für das Vieh übrig bleiben. In dieser Versammlung wurde der Vorschlag gemacht, eine Delegation mit den oben angeführten Forderungen zum Rat des Kreises zu senden. Die Delegation wurde ebenfalls in der Versammlung gewählt.

Suhl: In den Gemeinden Poppenhausen, Käßlitz und Heldburg, [Kreis] Hildburghausen, kursiert das Gerücht, dass Ende dieses Jahres die freien Spitzen⁸ wegfallen und die Regierung die Sollpreise erhöhen müsste.

Berlin: Das VEG Hellersdorf sollte in den letzten Tagen von Jugoslawien 900 Gänse, die bis Weihnachten gemästet werden sollten, geliefert bekommen. Die Gänse wurden auf Anweisung des Veterinärs des Magistrats nicht nach Berlin eingeführt, sondern dem VEG am Stadtrand von Berlin weitergeleitet, da die Tiere die Cholera hätten. Unter den Arbeitern und Angestellten des VEG Hellersdorf werden darüber heftige Diskussionen geführt und die Meinung vertreten, dass die Seuchengefahr am Stadtrand genau so groß wie in Berlin wäre (Überprüfung wurde eingeleitet).

III. Versorgung

Dresden: Im Kreis Freital wurde im Bürgermeisterseminar Folgendes bekannt gegeben: »In Verbindung mit Bevölkerungskreisen wird von Lebensmittelkartenasträgern behauptet, dass im Dezember die letzten Lebensmittelkarten ausgegeben werden. Ab Januar würde das Stück Butter dann 3,00 DM kosten.«⁹ Der Rat der Stadt Dresden hat darum gebeten, die Bürgermeister zu informieren, dass von einem Wegfall der Karten nicht gesprochen werden kann und darf. Unter den Verkaufskräften der HO und des Konsums in Dresden wird gegenüber Kunden geäußert, dass ab 1.1.1957 die Butter billiger und die Lebensmittelkarten wegfallen würden. Quellen sind die gleichen wie oben. Ein Bezirkstagsabgeordneter aus dem VEB Bekleidungswerk Neugersdorf teilte der Parteileitung des Betriebes mit, dass in der Parteigruppenbesprechung des Bezirkstages zur Tagesordnung stand, dass in ca. 14 Tagen Spielzeug in der Ausführung der Nationalen Volksarmee, wie Autos und Soldaten, in den Handel kommen soll. Die Genossen des Bezirkstages sprachen sich dagegen aus. Die Mitglieder der Parteileitung des Bekleidungswerkes nahmen ebenfalls gegen diesen Vorschlag Stellung.

Magdeburg: Im VEB Fischindustrie sind zurzeit keine Fische zur Verarbeitung vorhanden. Dadurch kann der Jahresplan nicht erfüllt werden. Außerdem müssen Arbeitskräfte umgesetzt bzw. entlassen werden. Bisher erfolgten noch keine Entlassungen. Im HO-Geschäft Ackerstraße Magdeburg wurde von einigen Kundinnen diskutiert, dass es zu Weihnachten mit der Versorgung schlecht aussehen würde, weil die Importe von Gänsen und Genussmitteln aus Ungarn und Polen ausbleiben würden. Diese Länder müssten ihre Waren für sich behalten, um die Unzufriedenheit unter ihrer Bevölkerung zu beseitigen und die Menschen zu beruhigen.

Wismut: Durch die HV der HO Wismut wurden dem Handelsbereich Freital 17 t HO-Butter gestrichen und in das Gebiet Ronneburg geleitet. Dadurch gibt es unter der Bevölkerung im Gebiet Freital Missstimmung, weil die HO-Wismut auch die örtliche Bevölkerung mit HO-Butter beliefert hat. Zur Abschaffung der Lebensmittelkarten nahmen Diskussionen in den Betriebspunkten der SDAG – Wismut zu, dass nach Abschaffung der Karten, die Lage bei der Wismut schlechter würde.¹⁰ Es gäbe dann keine Sonderstellung mehr und es wäre daher besser, dann von der Wismut wegzugehen.

IV. Stimmung zu den Ereignissen in Polen¹¹ und Ungarn¹²

Immer mehr treten die positiven Stimmen hervor, in welchen von den Konterrevolutionären Abstand genommen wird. Begrüßt wird hauptsächlich von den Arbeitern in den Betrieben, dass Vertreter der Regierung mit den Arbeitern in den Betrieben sprechen. Die negativen Diskussionen haben sich im Wesentlichen nicht verändert. Meistens treten dieselben RIAS-Argumente auf. Teilweise wird erklärt, dass unsere Presse und der Rundfunk die Ereignisse in Ungarn abschwächen und nicht immer wahrheitsgetreu berichten. Als Beispiel wird angeführt, der Rundfunk der DDR hat am Donnerstag voriger Woche berichtet, dass in Ungarn wieder Ruhe ist, obwohl am Sonnabend noch geschossen wurde. Auch der Kommentar Eislers¹³ wird angezweifelt. Vereinzelt wird gefragt, warum an der Unterhaltung der Genossen Grotewohl und Ulbricht mit Arbeitern im Fernsehen nur SED-Mitglieder teilnehmen. Viele Mitglieder der SED und parteilose Arbeiter können nicht verstehen, wie die konterrevolutionären Kräfte in den Besitz der vielen Waffen gekommen sind und warum man mit diesen Kräften so human umgeht. Neue negative Argumente:

- »Gegen die Regierung der DDR hat keiner was, nur der Spitzbart muss weg.«¹⁴
- »In Polen gibt es nur einen Ministerpräsidenten und keine Stellvertreter, bei uns gibt es noch fünf Stellvertreter.«
- »In China ist alles in Ordnung, weil der Privatkapitalist durch seine Mitarbeit die Wirtschaft vorwärtsentwickelt.«
- »Der Westen gibt Ungarn jede Unterstützung, besonders Arzneimittel. Ungarn sieht jetzt, wo seine Freunde sitzen.«
- »Die Aussprache im Fernsehen war organisiert und gelenkt.«¹⁵
- »Polterabend war der 17.6.1953, die Hochzeit kommt erst.«
- »Durch die Ereignisse in Ungarn wird es noch zu einem Krieg kommen, wenn sich die Amerikaner einmischen.«
- »Wenn bei uns die Lebensmittelkarten abgeschafft und die Preise nicht dementsprechend gesenkt werden, erleben wir dasselbe wie in Ungarn.«
- »Jetzt kommt noch die ČSR ran und dann die DDR.«
- »Der größte Teil der ungarischen Armee ist zu den Aufständischen übergelaufen.«
- »Der Urheber des Aufstandes ist Tito,¹⁶ kurz vorher war eine ungarische Delegation in Jugoslawien.«¹⁷

Ostbüro der DP

Auf der Delegiertenversammlung der Westberliner DP am 19.10.1956 wurde der Antrag gestellt, beim Parteidirektorium in Bonn weitere finanzielle Mittel zum Ausbau der Arbeit des Ostbüros der DP bereitzustellen.¹⁸ Zur Begründung des Antrages wurde erklärt, dass die Zeit für die Westmächte arbeite. In Polen, Ungarn und den anderen Volksdemokratien beginne der »Auflösungsprozess«, der angesichts der Weltmeinung nicht mit Waffengewalt unterdrückt werden könne. Ferner berief man sich bei der Forderung weiterer Geldmittel auf eine Äußerung des Bundesministers Merkatz¹⁹ während seiner Anwesenheit in Westberlin, nach der man mit den Menschen in der »Ostzone« besser in Fühlung kommen müsse und deshalb keine Geldmittel gescheut werden dürften.

V. Besondere Vorkommnisse

Suhl: Seit den Zwischenfällen in Polen und Ungarn fährt eine ständige Streife amerikanischer Panzerspähwagen die Strecke Mitwitz – Burggrub (Westdeutschland) an.²⁰ Dies wurde von Bürgern des Ortes Rotheul, [Kreis] Sonneberg, ²¹ festgestellt und in der Konsumgaststätte Rotheul diskutiert.

VI. Feindtätigkeit

Berlin: Aus einem S-Bahnzug, der am 29.10.1956, gegen 13.25 Uhr, in Richtung Humboldthafen fuhr, riefen zwei bis drei Personen, als der Zug die Eisenbahnbrücke Luisenstraße passierte: »Nieder Bolschewisten nieder!«.

Flugblattverbreitung

Leipzig: In Großsteinberg, [Kreis] Grimma, wurde ein Ballon mit 2 300 Hetzschriften (russischer Schrift) gefunden.

Potsdam: In einigen Straßen von Potsdam und in Eiche-Golm, [Kreis] Potsdam-Land: Größere Mengen neuer Hetzschriften der NTS²² (Inhalt bezieht sich auf Polen und Ungarn).

Hetzlosungen

Potsdam: In der Abteilung Feineisenwalzwerk im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, [Kreis] Oranienburg, wurde Folgendes angeschmiert: »Ihr Pankower Herren, noch ist es Zeit – die Laternenpfähle in der Stinalallee stehen bereit.«²³

Leipzig: In Leipzig – W 35 ²⁴ Phillip-Reis-Straße, wurden drei Schmierereien folgenden Inhalts festgestellt: »Nieder KPD nieder« »KPD-Bonzen nieder«, »KPD – Freie Wahlen«.

Selbstgefertigte Hetzschriften

Magdeburg: Im Büro der Verwaltung Pretzier, ²⁵ [Kreis] Salzwedel: 1 Hetzzettel (DIN A4): »Arbeiter folgt dem Beispiel der Ungarn«.

Rostock: In Neubukow, [Kreis] Doberan, wurden drei selbstgefertigte Hetzzettel (DIN A5) gefunden, auf denen mit Rotstift die Losungen:

- »Tod dem Kommunismus – Arbeiter und Bauern legt Eure Arbeit nieder«,
- »Tod dem Kommunismus – Arbeiter und Bauern kämpft gegen sowjetische Ausbeuter«,
- »Nieder mit dem Kommunismus – Tod der DDR« geschrieben stand.

Unter den angeführten Hetzzetteln war ein Hakenkreuz gezeichnet.

Leipzig: In der Toilette der Berufsschule Metall in Leipzig – W 33 ²⁶ wurden drei Hetzzettel (10x15 cm mit Stempelkasten hergestellt) gefunden. Text: »Ungarn ruft die Zone – Raus mit dem Iwan, Schlagt los für Freiheit Einheit und Recht«. Am Nikolai-Kirchhof in Leipzig wurden 33 Hetzzettel (Größe 6 x 7 cm. Handdruckkasten) gefunden. Inhalt: »17.6.1953/heute? Volk steh auf – Sturm brich los«. Im VEB Buchbindereimaschinenwerk Leipzig 0.5 [sic!] wurden sechs Hetzzettel mit der gleichen Losung gefunden. Im selben Betrieb wurde ein Hetzzettel (15 x 9cm.) mit der Losung: »Arbeiter sei wachsam – auch wir müssen uns befreien – der Tag kommt noch Spitzbart muss verschwinden«. Auf der Rückseite stand: »Kameraden, es lebe die neue Regierung!« Beim Passieren der Elbebrücke in Torgau wurde aus dem Zug E 202 ein Hetzzettel mit folgender Losung geworfen: »Russen raus!« .

Abreißen von Fahnen

Magdeburg: In der Nacht vom 29. zum 30.10.1956 wurde in der Gemeinde Redekin, [Kreis] Genthin, eine rote Fahne von der Schule heruntergerissen und zerfetzt. Dafür wurde eine weiße Fahne mit einem aus Stoff angehefteten roten Hakenkreuz angebracht.

Anonyme Briefe oder Postkarten

Gera: Am 30.10.1956 erhielt das VPKA Schleiz eine Postkarte mit folgendem Inhalt: »Gelbe Gefahr« »Ihr Eckensteher habt Ihr nichts weiter zu tun, als mit Strom zu aasen. Ihr komischen Werkträgern, die Radiostörerei wird Euch bald teuer zu stehen kommen – denn das sind Nazimethoden. Sogar der Gottesdienst wird gestört. Ihr Volkspolizisten solltet lieber arbeiten.« Auch die Bürgermeisterin von Saalburg, [Kreis] Schleiz, erhielt am 30.10.1956 einen Brief mit hetzerischem und verleumderischem Inhalt. Des Weiteren waren gemeine Ausdrücke und Drohungen enthalten.

Hetze der Westsender

In den Kommentaren der Westsender wird auch weiterhin in Verbindung mit den Ereignissen in Polen und Ungarn gegen die Genossen Ulbricht und Grotewohl gehetzt. Dabei wird zum Ausdruck gebracht, dass in der DDR die gleichen Verhältnisse wären, wie sie in Polen und Ungarn geherrscht hätten und dass die gegenwärtigen Machtverhältnisse in der DDR sich nicht mehr lange halten könnten. In diesem Zusammenhang wird gegen die Normen gesprochen und die Durchführung sogenannter »Freier Wahlen« gefordert.

Sender »Freies Berlin« vom 30.10.1956, 18.00 [Uhr]: »Ulbricht und Grotewohl glauben nicht liberalisieren zu müssen, weil bei ihnen angeblich nicht sowjetisiert worden sei. Tatsache ist jedoch, dass in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands mit den gleichen Methoden regiert wurde und wird, wie mit denen, gegen die sich Polen und Ungarn aufgelehnt haben. Tatsache ist es aber auch, dass sich die gegenwärtigen Machtverhältnisse in der SBZ nicht mehr lange aufrechterhalten lassen werden. Auch da nähert sich die Herrschaft der Stalinisten dem Ende. Immer stärker fordert die Bevölkerung der Zone, dass auch bei ihr das Stalinregime liquidiert wird, dass die »Normenschinderei« aufhört, dass man dem Volke die Wahrheit sagt und dass man »Freie Wahlen« anstelle unechter Stimmenabgabe treten lässt.«

RIAS am 30.10.1956, 19.20 Uhr: »Walter Ulbricht bemüht sich in den letzten Tagen nachzuweisen, dass er kein Diktator gewesen sei. Er behauptet, die sowjetzonale Regierung sei immer eine Regierung des Volkes gewesen. Sie habe den Teil Deutschlands, der zwischen Elbe und Oder liegt, nicht sowjetisiert, sondern dort sei nach legitimen Wahlen eine Regierung gebildet worden. Das ist eine [der] infamsten Lügen«. Nach einer Aufzählung von angeblichen Betrugereien und Fälschungen bei den Wahlen heißt es weiter: »Ulbricht will das alles nicht mehr wahrhaben. Wenn man die Legitimität einer Regierung beweisen will, dann muss man den Bürgern die Möglichkeit geben, frei und geheim ihre Meinung über diese Regierung auf einem Wahlzettel zum Ausdruck zu bringen.«

1

Gustav Schinkmann, Jg. 1901, bis 1958 Leiter der Hauptverwaltung Schnittholz – Furniere – Platten im Ministerium für Leichtindustrie.

2

Władysław Gomułka, Jg. 1905, polnischer kommunistischer Politiker, 1942 Mitbegründer, 1943–48 Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza – PPR) sowie 1945–49 stellvertretender Ministerpräsident Polens und Minister für die wiedergewonnenen Gebiete, Ende 1949 aus der PVAP ausgeschlossen, 1951 verhaftet, Ende 1954 aus der Haft entlassen, am 21.10.1956 zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt.

3

Im Original: »Pennsichstr«.

4

»Eidechse« ist ein umgangssprachlicher Begriff für einen Elektrokarren.

5

Die Abkürzung »SSD« für Staatssicherheitsdienst war nur im Westen und in SED-fernen Personenkreisen gebräuchlich.

6

Im Original: »Calvorde«.

7

Nematoden sind Fadenwürmer.

8

Als »freie Spitzen« wurden diejenigen landwirtschaftlichen Erträge bezeichnet, die ein Betrieb über das Ablieferungssoll hinaus erzielte und die daher frei, d. h. in der Regel zu einem höheren Preis verkauft werden konnten.

9

In der DDR wurden im Jahr 1956 für den Kauf von Fleisch, Fisch, Eiern, Milch, Fett und Zucker sowie allen daraus hergestellten Erzeugnissen noch Lebensmittelkarten benötigt. Ohne Karten konnten diese Produkte nur zu deutlich höheren Preisen in den Läden der staatlichen Handelsorganisation (HO) erworben werden. Die Lebensmittelkarten wurden im Mai 1958 abgeschafft. Vgl. Gesetz über die Abschaffung der Lebensmittelkarten v. 28.5.1958. In: GBl. I 1958, S. 413–415.

10

Walter Ulbricht hatte auf dem 28. Plenum des ZK der SED der Überzeugung des Politbüros Ausdruck verliehen, dass die bereits auf der III. Parteikonferenz für den zweiten Fünfjahrplan anvisierte Abschaffung der Lebensmittelkarten für Fleisch, Fett und Zucker im Jahr 1957 umgesetzt werden könne. (Vgl. Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. Fortsetzung des Berichts des Politbüros, gegeben vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Walter Ulbricht. In: ND v. 2.8.1956, S. 3–6, hier 4.)

11

Nach der Niederschlagung des Posener Arbeiteraufstandes Ende Juni 1956 blieb die innenpolitische Situation in Polen instabil und in der Bevölkerung zeigte sich eine zunehmend antisowjetische Stimmung. Um die Situation zu beruhigen, setzte der reformorientierte Flügel der PVAP eine Umbildung der Parteiführung durch; am 21.10. wurde der 1948 abgesetzte und 1951 inhaftierte ehemalige Parteichef Władysław Gomułka zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt, während die Vertreter des stalinistischen Flügels nicht mehr ins Politbüro gewählt wurden. Die Wahl Gomułkas stieß auf enthusiastische Reaktionen in der Bevölkerung, die in einer Demonstration mit etwa 500 000 Teilnehmern am 24.10. in Warschau gipfelten. Vgl. dazu Kramer, Mark: Soviet-Polish Relations and the Crises of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 61–126, hier 89–124.

12

Der Volksaufstand in Ungarn begann am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Am 30.10. bildete Nagy eine Mehrparteienregierung und am 1.11. erklärte er die Neutralität Ungarns und den Austritt aus dem Warschauer Pakt. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: ebenda, S. 127–136.

13

Hanns Eisler, Jg. 1898, österreichischer Komponist und Kommunist, seit 1949 wohnhaft in Ostberlin, 1950 Gründungsmitglied der Deutschen Akademie der Künste sowie Professor an der Hochschule für Musik Berlin und Leiter einer Meisterklasse. Eisler galt als führender Komponist der DDR, komponierte u. a. die Nationalhymne und arbeitete eng mit Bertolt Brecht zusammen. – Eisler hatte – neben einigen anderen Künstlern und Intellektuellen, darunter Anna Seghers und Ernst Bloch, – in der Wochenzeitung »Sonntag« die Ereignisse in Ungarn wie folgt kommentiert: »Ich wünsche dem ungarischen Volk, den Arbeitern, Bauern, Soldaten und Intellektuellen, dass sie in dieser schwierigen Lage verstehen, wo ihre Interessen liegen, dass sie mit äußerstem Mut die Grundlagen des Sozialismus zu verteidigen verstehen, damit nicht der weiße Terror noch einmal über das herrliche ungarische Volk hereinbricht.« Zit. nach: Olschowsky, Heinrich: Der gesellschaftliche Wandel in der ehemaligen DDR. In: Spieker, Manfred (Hg.): Vom Sozialismus zum demokratischen Rechtsstaat. Der Beitrag der katholischen Soziallehre zu den Transformationsprozessen in Polen und in der ehemaligen DDR. Paderborn 1992, S. 83–90, hier 85, Anm. 3.

14

Mit »Spitzbart« ist Walter Ulbricht gemeint.

15

Am 27.10.1956 strahlte der Deutsche Fernsehfunke ein von Karl-Eduard von Schnitzler moderiertes Gespräch von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl mit vier Arbeiterinnen und Arbeitern aus Berliner Betrieben über die Ereignisse in Ungarn aus. Das Gespräch wurde am folgenden Tag im »Neuen Deutschland« veröffentlicht. Vgl. Wir gehen zielbewußt unseren Weg. Otto Grotewohl und Walter Ulbricht unterhielten sich im Deutschen Fernsehfunke mit Berliner Arbeitern. Wie konnte es zu den Ereignissen in Ungarn kommen? – Die DDR leistete ihren Beitrag zur Entspannung – Liberalisierung bedeutet Restaurierung des Kapitalismus. In: ND v. 28.10.1956, S. 1 f.

16

Josip Broz Tito, Jg. 1892, 1943–53 als Ministerpräsident und 1953–80 als Staatspräsident kommunistischer Diktator von Jugoslawien. Im Jahr 1948 war es zum Bruch zwischen Stalin und Tito gekommen; Chruschtschow verfolgte nach 1955 eine Politik der Wiederannäherung an Jugoslawien.

17

Am 15.10.1956 reiste eine ungarische Partei- und Regierungsdelegation mit Ernő Gerő, Antal Apró, András Hegedüs, János Kádár und István Kovács zu einem einwöchigen Besuch in die jugoslawische Hauptstadt.

18

Zwischen 1946 und 1951 gründeten die bundesrepublikanischen Parteien SPD, CDU und FDP sowie der DGB sogenannte Ostbüros. Die Ostbüros unterstützten verfolgte und SED-kritische Mitglieder bzw. ehemalige Mitglieder ihrer Schwesterparteien bzw. -organisationen in der DDR. Zu ihren weiteren Aufgaben gehörten die Flüchtlingsbetreuung, die Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000. – Zu einem Ostbüro der DP ließ sich nichts ermitteln.

19

Hans-Joachim von Merkatz, Jg. 1905, Politiker (DP/CDU), 1956–57 Bundesminister der Justiz, 1955–60 stellvertretender Vorsitzender der DP, 1949–69 MdB.

20

Die Strecke zwischen Mitwitz und Burggrub führte an der innerdeutschen Grenze zwischen Bayern und Thüringen entlang.

21

Das thüringische Rotheul liegt etwa 2 km von Burggrub entfernt.

22

Der Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund, war eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der 1940er Jahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

23

Sowohl die Regierung als auch die SED-Führung hatten ihren Sitz in Berlin-Mitte, in Pankow residierte lediglich Präsident Wilhelm Pieck. Da aber ein Großteil der Mitglieder des SED-Politbüros im Pankower Ortsteil Niederschönhausen wohnte, wurde »Pankow« in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre abwertend als Metonym für die DDR-Regierung bzw. die SED-Führung verwendet.

24

W 35 bezeichnet den Postzustellbezirk innerhalb von Leipzig.

25

Ortsname schwer lesbar.

26

W 33 bezeichnet den Postzustellbezirk innerhalb von Leipzig.